



Consumer Voice

Newsletter für Lebensmittelsicherheit, Gesundheit und Verbraucherpolitik
der Generaldirektion für Gesundheit und Verbraucherschutz

ISSN 1725-5481

Juli 2004



◀ David Byrne,
Kommissar für
Gesundheit und
Verbraucherschutz

Leitartikel

Eines der Argumente, gegen das ich mich seit der Übernahme meines Amtes als Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission stets gewandt habe, ist die irrige Vorstellung, dass mehr Verbraucherschutz zwangsläufig zu Lasten der Unternehmen gehe.

Ich glaube vielmehr, dass das, was für die Verbraucher gut ist, auch gut für die Wirtschaft insgesamt ist. Schließlich brauchen wir die Zufriedenheit und das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher, damit der EU-Markt floriert. So betrachtet, kommen wirksame Verbraucherschutzmaßnahmen der Wirtschaft nur zugute.

Der Leitfaden zur Produktsicherheit in Europa, der gemeinsam von Industrie, Handel, nationalen Regulierungsbehörden und Verbraucherverbänden entwickelt wurde, ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie ein Zusammenarbeiten im Verbraucherschutz für alle Beteiligten von Nutzen sein kann. Der Leitfaden beschreibt, welche praktischen Schritte Unternehmen einleiten müssen, wenn sie feststellen, dass sie ein unsicheres Produkt (außer Lebensmitteln) in Verkehr gebracht haben. Diese Veröffentlichung dürfte sich als äußerst wertvoller Ratgeber für Unternehmen, nationale Beamte und Verbraucherschützer erweisen.

An solchen Initiativen zeigt sich, welche Vorteile die EU für alle Bürgerinnen und Bürger im täglichen Leben bringen kann.

Ich hoffe sehr – und bin durchaus zuversichtlich –, dass hiermit ein Präzedenzfall für die weitere fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Vertretern unterschiedlicher Interessen geschaffen worden ist.

IN DIESER AUSGABE

| | |
|--|-----|
| Nur sichere Produkte auf dem Markt: Unternehmen und Verbraucher ziehen an einem Strick | 1 |
| Die EU und die Bedrohung einer AIDS-Epidemie | 2 |
| Europa schützt die Gesundheit von Kindern | 2-3 |
| Byrne fordert Gesundheit für alle in der EU | 3 |
| EU unterzeichnet revidiertes Tiertransport-Übereinkommen | 4 |
| Genießen Sie Ihren Urlaub ... und Ihre Rechte! | 4 |

Nur sichere Produkte auf dem Markt: Unternehmen und Verbraucher ziehen an einem Strick

Wirtschaft und Verbraucherorganisationen haben einen Leitfaden veröffentlicht, um Unternehmen in Europa zu helfen, gefährliche Produkte vom Markt zu nehmen

Die Veröffentlichung mit dem Titel „Produktsicherheit in Europa: Ein Leitfaden für Korrekturmaßnahmen einschließlich Rückrufen“ enthält praktische Ratschläge, wie ein Unternehmen verhindern kann, dass fehlerhafte oder gefährliche Produkte in den Vertrieb gelangen, und wie sich deren Rückruf gegebenenfalls organisieren lässt. Der Leitfaden wurde gemeinsam erstellt von dem Europäischen Verbraucherverband (BEUC), der Vertretung des Einzel-, Groß- und Außenhandels „EuroCommerce“, dem Forum der Produktsicherheitsbehörden PROSAFE und dem Europäischen Arbeitgeberverband UNICE. Die Europäische Kommission hat das Projekt bezuschusst.

Auf der Pressekonferenz am 24. Juni, auf der der Leitfaden vorgestellt wurde, erklärte Robert Madelin, Leiter der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission: „Die Kommission freut sich, dass sie die Ausarbeitung dieses Leitfadens finanziell unterstützen konnte. Das Projekt ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie sich die Verbrauchersicherheit in Europa durch eine freiwillige Zusammenarbeit der Hauptakteure – Gesetzgeber, Industrie, Importeure, Handel und natürlich die Verbraucher selbst, vertreten durch ihre Verbände – verbessern lässt.“

Der Leitfaden, der in 19 Sprachen verfügbar sein wird, ruft Hersteller, Händler und Behörden in den EU-Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit auf, um die Wirksamkeit von Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher vor unsicheren Produkten zu verbessern.

„Der zentrale Gedanke lautet, dass Industrie und Handel bei Bedarf schnell tätig werden und die Verbraucher umfassend und unverzüglich informieren müssen“, erklärte BEUC-Direktor Jim Murray auf der Pressekonferenz.

Damit die Verbraucher gefährliche Produkte meiden können, veröffentlicht die Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz auf ihrer Website wöchentlich eine Zusammenfassung aller Produktsicherheitsmeldungen, die sie im Rahmen des EU-Schnellwarnsystems RAPEX von den nationalen Behörden erhält. Dazu gehören auch Fotos von den betreffenden gefährlichen Produkten sowie deren Bezeichnung und die Angabe des Herstellers.

Weitere Informationen: http://europa.eu.int/comm/consumers/cons_safe/prod_safe/index_de.htm



© Eureka Slide

■ EU und WHO vertiefen Partnerschaft im Kampf gegen Armut in Entwicklungsländern

Die Europäische Kommission und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben am 2. Juli vereinbart, ihre gemeinsamen Anstrengungen zur Verbesserung der Gesundheitsbedingungen in Entwicklungsländern zu verstärken.

Die Vereinbarung wurde unterzeichnet von Gesundheitskommissar David Byrne, Entwicklungskommissar Poul Nielson und WHO-Generaldirektor Dr. Lee Jong-Wook. Angestrebt werden eine Senkung der Sterblichkeitsrate von Frauen während der Schwangerschaft und bei der Entbindung, beschleunigte Maßnahmen bei Krankheiten wie AIDS und Malaria sowie bessere Verfahren für die Datengewinnung über die Leistungsfähigkeit von Gesundheitssystemen in Entwicklungsländern.

Die neue Partnerschaft soll dazu dienen, die WHO bei ihrem wachsenden Engagement in Armutsbekämpfungsstrategien der Entwicklungsländer zu unterstützen und die länderspezifischen Maßnahmen von Kommission und WHO besser aufeinander abzustimmen.

„Die WHO verspricht sich viel von der Zusammenarbeit mit der Kommission, um die Entwicklungsländer bei ihren Bemühungen um den Aufbau und die Konsolidierung ihrer Gesundheitssysteme zu unterstützen. Hier muss angesetzt werden, um die schlechten Gesundheitsverhältnisse und die geringe Lebenserwartung zu überwinden, die die Ursache dafür sind, dass arme Menschen arm bleiben und Entwicklungsanstrengungen unterminiert werden“, sagte Jong-Wook.

Weitere Informationen: http://europa.eu.int/comm/health/ph_international/int_organisations/who_de.htm

■ Verbraucher in der EU begrüßen Wettbewerb

Aus einer Erhebung der Europäischen Kommission geht hervor, dass die europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher im Wettbewerb ein Mittel zur Durchsetzung günstigerer Preise und höherer Qualität bei Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (z. B. Telekommunikation, Energie, Post, Wasser und Verkehr) sehen.

Die am 28. Juni veröffentlichte Studie liefert zum ersten Mal Daten darüber, wie zufrieden die Verbraucher in der erweiterten EU mit Leistungen der Daseinsvorsorge sind. Beim Zugang zu diesen Leistungen und bei deren Qualität scheint dies der Fall zu sein; geringer fällt die Zufriedenheit indes mit den Leistungen im Telefonfestnetz sowie mit dem Eisenbahnfernverkehr aus. Das Image der Post leidet offenbar unter ihrem „bürokratischen Stil“. Das Einreichen einer Beschwerde halten die Verbraucher in den meisten Fällen für Zeitverschwendung.

Generell erwarten sie, dass staatliche Stellen gewisse Leistungen garantieren und eine Aufsichtsfunktion übernehmen.

Weitere Informationen: http://europa.eu.int/comm/consumers/cons_int/serv_gen/cons_satisf/index_de.htm

Die EU und die Bedrohung durch eine AIDS-Epidemie

Die Gesundheitsminister der EU werden am 16. und 17. September in Vilnius (Litauen) zusammenkommen, um Maßnahmen zur Eindämmung von HIV/AIDS in der EU und ihren östlichen Nachbarstaaten vorzuschlagen

Nach einem Bericht der Vereinten Nationen vom 6. Juli breitet sich die HIV-Epidemie nirgendwo in der Welt schneller aus als in Osteuropa und Zentralasien. Als Reaktion darauf hat die EU auf der Internationalen AIDS-Konferenz vom 11. - 16. Juli in Bangkok angekündigt, 42 Millionen Euro in den globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria einzahlen zu wollen.



Aus dem Bericht der AIDS-Agentur der Vereinten Nationen (UNAIDS) geht hervor, dass etwa 1,3 Millionen Menschen in der EU und in den angrenzenden Ländern mit dem AIDS-Virus infiziert sind; 1995 waren es lediglich 160 000. Mehr als 80 % davon sind jünger als 30. Einige der am 1. Mai dieses Jahres beigetretenen Staaten gehören zu den am stärksten betroffenen Ländern.

Die Hauptursache für die Epidemie in dieser Region ist der intravenöse Drogenkonsum. In einigen Ländern wird die Krankheit aber zunehmend sexuell übertragen, und zwar besonders zwischen Drogenkonsumenten und ihren Partnern.

Die eigenen Analysen der EU bereiten angesichts der EU-weiten Zunahme von HIV/AIDS-Infektionen in der Altersgruppe der 15- bis 25-Jährigen Anlass zur Sorge.

Im September werden die Kommissare David Byrne und Pavel Telicka die entsprechenden Reaktionspläne der Kommission auf einer Konferenz in Vilnius erläutern; diese wird gemeinsam von der litauischen Regierung und der Europäischen Kommission organisiert und schließt an die Ministerkonferenz über HIV/AIDS an, die am 23. und 24. Februar dieses Jahres unter irischem EU-Vorsitz in Dublin stattgefunden hat.

Laut dem UNAIDS-Bericht wurden im letzten Jahr weltweit fünf Millionen Menschen mit dem AIDS-Virus infiziert; dies ist der höchste Zuwachs seit den ersten Zählungen im Jahr 1981. Auch die Zahl der HIV-Positiven nimmt weiter zu: von 35 Millionen im Jahr 2001 auf 38 Millionen im Jahr 2003.

Weitere Informationen: http://europa.eu.int/comm/health/ph_threats/com/aids/aids_en.htm

Europa schützt die Gesundheit von Kindern

Die europäischen Gesundheitsminister wollen sich mit den Auswirkungen der Umweltverschmutzung auf die Gesundheit von Kindern befassen

Nach einem Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der bei einem Treffen der europäischen Gesundheitsminister mit Fachleuten und Vertretern der Zivilgesellschaft am 25. Juni in Budapest vorgelegt wurde, stirbt jedes dritte Kind in Europa und Zentralasien an Luft- oder Wasserverschmutzung, an Chemikalien oder Verletzungen.

Die Minister riefen dazu auf, bis 2007 nationale Aktionspläne – mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen der Kinder – zu erstellen. Sie verabschiedeten einen

Aktionsplan für die Umwelt und die Gesundheit der Kinder in Europa (CEHAPE) mit vielen Zielen, die für die Gesundheit von Kindern wichtig sind, z. B. sauberes Wasser und hygienische Verhältnisse, Verhütung von Unfällen und Verletzungen sowie Verhütung und Verringerung von Atemwegserkrankungen infolge der Luftverschmutzung.

„Eine wichtige Aufgabe wird sein, innerhalb der festgelegten Prioritäten den Unterschieden und den spezifischen Bedürfnissen und Erfordernissen der einzelnen europäischen Regionen Rechnung zu tragen“, sagte Kommissar Pavel Telicka, der die Europäische Kommission auf dieser Konferenz vertrat.

Die WHO-Studie macht deutlich, dass die Last der umweltbedingten Krankheiten und Behinderungen während der Kindheit in Europa sehr ungleich verteilt ist. Dies lässt sich zu einem großen Teil auf die schlechte Luftqualität, die Exposition gegenüber festen Brennstoffen in Wohnungen, die Verwendung von verbleitem Kraftstoff, unzulängliche Wassersysteme und Hygienebedingungen sowie unzureichende Sicherheitsstandards im Straßenverkehr, am Arbeitsplatz und im Alltag zurückführen.

Die WHO geht davon aus, dass sich durch Maßnahmen zur Eindämmung der wichtigsten Verschmutzungsquellen das Leben von 100 000 Kindern retten und die Gesundheit vieler weiterer verbessern ließe. Weitere Informationen: http://europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/environment/environment_de.htm



© Eureka Slide

Byrne fordert Gesundheit für alle in der EU

EU-Gesundheitskommissar David Byrne leitet Reflexionsprozess über europäische Gesundheitspolitik ein

Bei einem Vortrag im European Policy Centre am 15. Juli in Brüssel skizzierte Byrne die Grundsätze für die gesundheitspolitische Strategie der EU in den kommenden Jahren. Er betonte die Bedeutung der Gesundheit für das wirtschaftliche Wachstum und trat für einen Kurswechsel in der Gesundheitspolitik ein. Es reiche nicht, Krankheiten nur zu bekämpfen, vielmehr müsse die Gesundheit aktiv gefördert werden. Jeder in die Krankheitsverhütung investierte Euro führe langfristig zu Einsparungen bei den Gesundheitskosten; darüber hinaus steigere er die Wettbewerbsfähigkeit der EU und käme den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern direkt zugute.

„Moderne Volkswirtschaften basieren auf guter Gesundheit. Ihre Wettbewerbsfähigkeit hängt zunehmend davon ab, dass die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, gesünder und produktiver zu leben. Gesundheit ist ein Schlüssel zu mehr Wachstum. Einfach ausgedrückt: Gesundheit gleich Wohlstand. Deshalb muss das Streben nach Gesundheit eine wirtschaftspolitische Priorität werden.“

Der EU kommt hierbei eine zentrale Rolle zu; sie kann Synergien und Partnerschaften zwischen Mitgliedstaaten sowie zwischen Regierungen und der Zivilgesellschaft fördern, und ebenso die Vernetzung europäischer Gesundheitsexperten.

Die Überlegungen von Kommissar Byrne zur künftigen Gestaltung der Gesundheitspolitik sind auf der Kommissions-Website „Öffentliche Gesundheit“ verfügbar. Öffentliche Einrichtungen, Interessengruppen und auch einzelne Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, zu dem von Kommissar Byrne angestoßenen Reflexionsprozess beizutragen und ihre Stellungnahme per E-Mail zu übermitteln: Reflection-health-strategy@cec.eu.int

Weitere Informationen:
http://europa.eu.int/comm/health/ph_overview/strategy/health_strategy_de.htm

■ Ein sicherer Arbeitsplatz hält gesund

In der (alten) EU mit 15 Mitgliedstaaten gehen jedes Jahr rund 600 Millionen Arbeitsstunden wegen arbeitsbedingter Krankheiten oder Beschwerden verloren.

Anlässlich einer Konferenz über die Förderung der Gesundheit am Arbeitsplatz, die am 14. Juni in Dublin stattfand, appellierte Kommissar Byrne an die europäischen Unternehmen, Programme für ihre Mitarbeiter aufzustellen, um gegen Gesundheitsprobleme wie Übergewicht, Rauchen, Rückenleiden, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder psychische Störungen anzugehen.

„Die Programme gegen das Rauchen am Arbeitsplatz zeigten viel versprechende Erfolge. 10 bis 15 Prozent der Teilnehmer an solchen Programmen schaffen es, das Rauchen aufzugeben. Angesichts dieser Zahlen könnte der Arbeitsplatz zu einem wichtigen ‚Austragungsort‘ des Kampfes gegen die vermeidbare Todesursache Nummer eins in Europa werden“, sagte Byrne.

Laut einer Studie der Europäischen Stiftung leiden 28 % aller Arbeitnehmer in EU-15 unter stressbedingten Gesundheitsbeschwerden, die damit an zweiter Stelle der Probleme stehen.

Ärger, Depressionen und Stress sind eng mit der Jobzufriedenheit verknüpft. Darüber hinaus sind Depressionen oft Auslöser von sekundären Problemen wie Krebs, Herzbeschwerden, Störungen im Muskel-/Skelettbereich und Schmerzsyndromen.

Nach Aussagen von Kommissar Byrne kann Arbeit für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Beschäftigten förderlich sein. „Wir wissen aus den Mitgliedstaaten, dass Menschen in einem geregelten Arbeitsverhältnis sich besserer Gesundheit erfreuen als die, die keinen festen Arbeitsplatz haben.“

■ EU unterstützt Forschung im Bereich der Lebensmittelsicherheit

Die Europäische Kommission hat am 17. Juni angekündigt, dass sie 2004, dem zweiten Jahr des Sechsten EU-Rahmenprogramms für Forschung, 192 Millionen Euro für Untersuchungen auf den Gebieten Lebensmittelqualität und -sicherheit bereitstellen wird.

Diese Gelder sollen 31 Forschungsprojekten und „Networks of Excellence“ sowie 13 flankierenden Maßnahmen zukommen, bei denen es um die Rückverfolgbarkeit, Kontaminanten in Lebensmitteln, neu auftretende Krankheitserreger, Tierseuchen und Getreidekrankheiten, Lebensmittelallergien, Fettleibigkeit und verschiedene Ernährungsthemen geht.

Das Sechste Forschungsrahmenprogramm hat 2003 begonnen und läuft bis 2006; über diese vier Jahre verteilt werden – nach Auswertung der eingereichten Projektvorschläge – Mittel in Höhe von insgesamt 20 Milliarden Euro zugewiesen. Für die Qualität und die Sicherheit von Lebensmitteln waren zunächst 685 Millionen Euro angesetzt worden, doch dürfte sich der endgültige Betrag bei 750 Millionen bewegen.

Weitere Informationen: <http://www.cordis.lu/fp6/food.htm>

■ Die Niederlande am Ruder

Zwischen dem 1. Juli und dem 31. Dezember 2004 übernehmen die Niederlande den Vorsitz der Europäischen Union. In diesen sechs Monaten wird sich das frisch gewählte Europäische Parlament konstituieren, und am 1. November wird die neue Kommission ihr Amt antreten.

Im Bereich der Lebensmittelsicherheit will die niederländische Präsidentschaft die vom irischen Vorsitz unternommenen Arbeiten auf den Gebieten Gesundheit und Ernährung fortsetzen. Auf der Tagesordnung steht das so genannte Ernährungspaket mit Vorschlägen für eine Verordnung über den Zusatz von Vitaminen und Mineralien sowie bestimmten anderen Stoffen zu Lebensmitteln, für eine Verordnung über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel sowie einen weiteren Vorschlag über die Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln, den die Kommission nach der Sommerpause annehmen dürfte.

Darüber hinaus wird der niederländische Vorsitz eine Reihe von anderen Legislativdossiers voranbringen. Hierzu sollen die Vorschläge für neue EU-Rechtsakte über neuartige Lebensmittel und Lebensmittelzusatzstoffe gehören, des weiteren Vorschläge zu Enzymen, Diabetiker-Lebensmitteln und Lebensmittelzusätzen sowie eine Überarbeitung der EU-Vorschriften für die Lebensmittelkennzeichnung.

Der Hauptbeitrag des niederländischen Ministeriums für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport zu der Präsidentschaft wird die Beziehung zwischen der Gesundheitspolitik und anderen Politikbereichen, z. B. der Landwirtschafts- und der Umweltpolitik, zum Gegenstand haben; im Mittelpunkt sollen dabei die Interessen der EU-Bürger stehen. Bei verschiedenen Veranstaltungen und Expertentreffen im 2. Halbjahr soll es um Infektionskrankheiten, um die grenzübergreifende Mobilität der Angehörigen von Gesundheitsberufen und um vorrangig zu entwickelnde Medikamente gehen.

Im Bereich Verbraucherschutz wird die niederländische Präsidentschaft an die erfolgreiche Vorarbeit des irischen Vorsizes anknüpfen und sich vor allem auf die zweite Lesung des Richtlinienentwurfs über unlautere Geschäftspraktiken und des Verordnungsentwurfs zur Verkaufsförderung im Binnenmarkt konzentrieren.

Weitere Informationen: <http://www.eu2004.nl>

Wichtige Ereignisse und Veranstaltungen während der niederländischen Präsidentschaft

9.-10. September: Informelle Tagung des Rates (Gesundheit), „Market & Health“, Noordwijk

16.-17. September: Konferenz „European Response to Public Health Risks from Emerging Zoonotic Diseases“, Den Haag

20. Oktober: Verbrauchertag, Amsterdam

18. November: Konferenz „Priority Medicines“, Den Haag

EU unterzeichnet revidiertes Tiertransport-Übereinkommen

Die Landwirtschaftsminister haben am 21. Juni beschlossen, dass die EU das überarbeitete Europäische Übereinkommen über den Tierschutz beim internationalen Transport unterzeichnet

Mit der überarbeiteten Fassung des ursprünglich aus dem Jahr 1968 stammenden Übereinkommens des Europarates wird der Tierschutz im grenzüberschreitenden Verkehr verstärkt.

Die neue Fassung enthält grundlegende Schutzbestimmungen, die für alle Tierarten gelten, sowie detaillierte Bestimmungen für die am häufigsten beförderten Tiere (Rinder, Schafe, Ziegen, Schweine und Pferde). Die Transportzeiten, auch für Schlachttiere, sollen so kurz wie möglich sein.

Bevor das Übereinkommen in Kraft treten kann, muss es von mindestens vier Mitgliedern des Europarates ratifiziert werden. Die Kommission hofft, dass dies innerhalb eines Jahres der Fall sein wird.

Ende April war es den EU-Landwirtschaftsministern nicht gelungen, sich auf deutlich strengere EU-Regeln für lange Tiertransporte zu einigen.

„Der Schutz der Tiere während des Transports liegt vielen Europäern sehr am Herzen. Ich war enttäuscht, dass die Mitgliedstaaten keine Einigung über den jüngsten Kommissionsvorschlag zur Verschärfung der EU-Transportbedingungen erzielen konnten, hoffe aber immer noch auf eine baldige Lösung“, sagte Kommissar Byrne.

Weitere Informationen: http://europa.eu.int/comm/food/animal/welfare/transport/index_de.htm

Genießen Sie Ihren Urlaub ... und Ihre Rechte!

Mit ihrer neuen Veröffentlichung möchten die Kommissare Byrne und Telicka die Sommerurlauber darauf aufmerksam machen, wie das EU-Recht sie schützt

In den Monaten Juli und August werden wieder Millionen Menschen auf ihren Urlaubsreisen die Grenzen innerhalb der Europäischen Union überqueren. Dabei denken die meisten von ihnen wohl kaum an die Verbraucherschutzvorschriften der EU. Aber was geschieht, wenn der gewählte Reiseveranstalter Konkurs macht? Oder wenn Sie in einem anderen EU-Land unter Druck einen unlauteren Vertrag unterschreiben? Wissen Sie, wie Sie in solchen Situationen durch das EU-Recht geschützt sind? Falls nicht, sollten Sie das Dokument „Verbraucherschutz in der Europäischen Union: Zehn Grundsätze“ lesen, das die EU-Kommissare Byrne und Telicka am 20. Juni veröffentlicht haben. In diesem leicht verständlichen Leitfaden wird dargestellt, wie das EU-Recht die Verbraucher während ihres Urlaubs schützt, an der Ostsee ebenso wie an der Riviera. Außerdem erfahren die Leser, wo sie sich eingehender über ihre Rechte als Verbraucher beraten lassen und informieren können.

„Unsere Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger lautet: Genießen Sie Ihren Urlaub und Ihre Rechte. Hier zeigen sich die konkreten Vorteile Europas“, sagte Kommissar Telicka. Die Grundsätze sind abrufbar unter: http://europa.eu.int/comm/consumers/index_de.htm



Consumer Voice, Ausgabe Juli 2004
Die in *Consumer Voice* vertretenen Meinungen geben nicht notwendigerweise die Standpunkte der Europäischen Kommission wieder. Die Wiedergabe von Beiträgen ist – ausgenommen zu gewerblichen Zwecken – unter Angabe der Quelle gestattet.
E-Mail: sanco-newsletter@cec.eu.int

Koordination: Marie-Paule Benassi; **Redaktion:** Iwona Pajak, Ben Duncan, Terese Van oel in Zusammenarbeit mit der GD Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission.
Layout: Deborah MacRate-Ockerman
Website:
http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/index_de.htm